Chur, Donnerstag, 8. Juni 1961 — 94. Jahrgang — Nr. 132

Der Freie Rätier

Freisinnige Tageszeitung für Graubünden

ABONNEMENTS-PREISE

	Monate	1	3	6	12
SCHWEIZ	bei der Exp. best.	3.—	8.90	17.20	33.20
	bei der Post best.	3.50	9.40	17.70	33.70
AUSLAND	tägliche Zustellg.	6.—	16.50	31.—	59.—
	3mal wöchentlich	5.—	13.50	26.—	49.—

Einzelnummer 20 Rp. — Adreßänderungen 20 Rp.

Druck und Verlag:
BUCHDRUCKEREI PAUL BÄRTSCH
Storchengasse
Tel. (081) 2 27 80 od. 2 15 31 (Druck, Verlag, Redaktion)

Inserate:
RÄTIER-ANNONCEN CHUR
Storchengasse Postcheck X 3832 Tel. (081) 2 15 32
Postscheckkonto für Abonnemente X 1926

INSERATEN-PREISE
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum:
Kanton Graubünden . . . . . 15 Rp.
Schweiz und Ausland . . . . . 16 Rp.
Reklamen . . . . . 65 Rp.
Placierungsvorschrift 20 % Zuschlag.
Teuerungszuschlag 2 % auf dem Bruttobetrag.

In protestantischer Sicht:

Möglichkeiten konfessioneller Koexistenz

von Prof. Karl Barth

sfd. Der Begriff «konfessionelle Koexistenz» — Koexistenz heißt: Mit-Dasein — meint offenbar mehr als ein bloßes Nebeneinander der katholischen und der protestantischen Kirchen und ihrer Glieder, der katholischen und protestantischen Christen. Er meint: ihr Miteinander auf Grund eines ihren verschiedenen Konfessionen (ihres Bekenntnisses hinsichtlich ihres Glaubens, Denkens, Gottesdienstes, Kirchenrechts und praktischen Lebensstils) Gemeinsamen.

Das wäre also noch keine konfessionelle Koexistenz, wo sie sich als verschieden orientierte Gruppen von gleichberechtigten Menschen und Bürgern bloß gegenseitig dulden («tolerieren») d. h. sich im Besitz und in der Ausübung ihrer verschiedenen Konfessionen nur eben gewähren lassen würden. «Dulden» können und sollen sich ja in der rechtsstaatlich geordneten Gesellschaft auch die verschiedenen Klassen, Parteien, wirtschaftlichen und kulturellen Interessengemeinschaften, Fußballclubs usw. Konfessionelle Koexistenz setzt voraus: ein den protestantischen und katholischen Christen als solchen (nicht nur allgemein menschlich und bürgerlich!) vor Augen stehendes und bewußtes Gemeinsames. «Konfessionelle Koexistenz» wäre da, wo sie in ihrer Verschiedenheit auf Grund und angesichts dieses Gemeinsamen nicht nur nebeneinander, sondern miteinander existieren. Mit einem bloß tolerierenden Nebeneinander werden sich auf beiden Seiten nur die Lauen und Liederlichen zufrieden geben können. Gegenstand ernsten Fragens kann nur sein: «konfessionelle Koexistenz» als echtes Miteinander der Konfessionen.

Sie ist heute insofern möglicher als noch vor 50 Jahren, als inzwischen auf beiden Seiten mindestens bestimmte mehr oder weniger repräsentative Kreise entstanden sind, in denen man eben um die Erkenntnis des bei aller Verschiedenheit Gemeinsamen bemüht ist.

Mindestens in diesen Kreisen weiß man heute besser als früher darum, daß es auch in der Konfession der Gegenseite eine Mitte gibt — «Gott war in Christus und versöhnte die Welt mit sich selber» — in der man sich bei aller Verschiedenheit der theoretischen und praktischen Interpretation dieses Satzes mit ihr zusammenfindet.

Mindestens in diesen Kreisen kennt man heute die Besonderheiten der Gegenseite darum besser, weil man gelernt hat, auf das zu hören, was dort zu ihrer Erklärung und Begründung von jener Mitte her vorgebracht wird. Man redet insofern gerade im Blick auf diese trennenden Besonderheiten nicht mehr so gänzlich aneinander vorbei, wie es früher der Fall war. Man beginnt heute da und dort ernstlich miteinander, statt nur gegeneinander zu reden.

Mindestens in diesen Kreisen versteht man heute auch die Unerbittlichkeit besser, in der die Gegenseite an bestimmten Merkmalen ihrer Konfession durchaus meint festhalten zu sollen. Zwei Beispiele aus vielen möglichen ausgewählt:

1. Es gibt heute Protestanten, die es zwar bedauern, es aber zu verstehen meinen, daß die katholische Kirche im Blick auf eine künftige Einigung über die Bedingung der Unterwerfung aller Christen unter die Autorität des römischen Stuhls nicht mit sich reden lassen will. Und es scheint heute Katholiken zu geben, die es zwar bedauern, es aber zu verstehen meinen, daß und warum gerade diese Bedingung für die Protestanten schlechthin unannehmbar ist.

2. Es gibt heute Protestanten, die es zwar bedauern, die es aber zu verstehen meinen, daß die katholische Kirche in der Frage der Anerkennung von sogenannten Mischehen auf der Forderung des Versprechens katholischer Kindererziehung bestehen will. Und es scheint heute Katholiken zu geben, die es zwar bedauern, die es aber ihrerseits verstehen, daß man auf protestantischer Seite ein solches von protestantischen Christen abzugebendes Versprechen unter keinen Umständen gutheißen kann.

Mindestens in diesen Kreisen gibt es heute — auf Grund der Erkenntnis der beiden Seiten gemeinsamen Mitte, auf Grund besserer Kenntnis der Eigentümlichkeiten der Gegenseite, auf Grund beiderseitigen Verstehens auch da, wo ein Nachgeben auf keiner Seite in Frage kommen kann — eine ernste Willigkeit und Bereitschaft, sich selber wohl ernstlich als Katholiken hier, als Protestanten dort zu verstehen und zu verhalten: in Treue zu ihrer Sache und zu ihrem Ort aber als evangelischen Katholiken und als katholische Protestanten.

Mindestens in diesen Kreisen gibt es heute schon «Möglichkeiten konfessioneller Koexistenz». In diesen Kreisen glaubt und lebt man bei aller Verschiedenheit und der kirchlichen Trennung zum Trotz, heute schon miteinander.

Die Frage einer Erweiterung dieser Möglichkeiten entscheidet sich daran, ob diese Kreise sich auf beiden Seiten vergrößern, allenfalls zur Mehrheit werden, allenfalls hier wie dort in die Führung kommen sollten. Daß das geschehen wird, läßt sich erhoffen, aber nicht voraussagen. Und erst weit jenseits solcher konfessioneller Koexistenz könnte dann gar von konfessioneller Einigung ernstlich gesprochen werden.

Eidgenössische Räte: «Mirage»-Botschaft und Walliser Rebenvernichtung

Der Nationalrat

setzte am Mittwochvormittag die Beratung des Geschäftsberichtes der SB für 1960 fort. Bericht und Rechnung wurden mit 125 zu 0 Stimmen genehmigt, nachdem Bundesrat Spühler zugesagt hatte, verschiedene aus der Mitte des Rates vorgebrachte Wünsche und Kritiken an die SBB-Generaldirektion weiterzuleiten.

Eine Sammelbotschaft beantragte die Bewilligung von 10 verschiedenen Krediten für PTT-Bauten und Landerwerb im Gesamtbetrag von 25 Millionen Franken und einen Zusatzkredit von 5,2 Millionen für technische Anlagen in Ostermundigen. Die Kommission beantragte Zustimmung mit einer Ausnahme, die das TT-Betriebsgebäude Rigi (Kredit 1 975 000 Franken) betrifft, da die Landerwerbskosten übersetzt seien. Dem Kredit von 1,27 Millionen für Umbau und Erweiterung des PTT-Gebäudes Lugano stimmte die Kommission nur mit Bedenken zu, da dieser Bau keine endgültige Lösung bringe. Ein Streichungsantrag von unabhängiger Seite wurde jedoch mit 89 gegen 16 Stimmen abgelehnt und mit 74 gegen 36 Stimmen entsprechend Kommissionsantrag die provisorische Rückstellung des Rigi-Kredites beschlossen. In der Gesamtabstimmung wurde die Kreditvorlage mit 117 zu 0 Stimmen genehmigt.

Hierauf kam die Militärvorlage über die Beschaffung von hundert Kampfflugzeugen «Mirage 3 S» mit einem Gesamtkredit von 871 Millionen zur Beratung. Die Kommission beantragt Zustimmung. Die Beschaffung soll hauptsächlich im Lizenzbau durch unsere eigene Industrie und zum kleineren Teil durch Ankauf im Ausland erfolgen. Die Lieferung wird voraussichtlich gegen Ende 1964 beginnen und nach drei Jahren abgeschlossen sein. Weitere Kreditbegehren von 120 bis 200 Millionen Franken für die Modernisierung der Fliegerabwehr stehen in Aussicht. Die Beratung wird nachmittags fortgesetzt.

Der Nationalrat führte in seiner Nachmittagssitzung die Eintretensdebatte zur Vorlage über die Beschaffung von hundert «Mirage»-Kampfflugzeugen durch. Von kommunistischer Seite wurde der Antrag auf Nichteintreten gestellt. Der Landesringvertreter Suter stellte den Antrag auf Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat, damit auch die Fliegerabwehr gleichzeitig gebührend berücksichtigt werde. Bundesrat Chaudet wird am Donnerstag zu den gestellten Anträgen und den verschiedenen Voten Stellung nehmen.

Der Ständerat

setzte seine Debatte über den bundesrätlichen Geschäftsbericht für 1960 fort. Beim Kapitel «Abteilung für Landwirtschaft» stellte der Kommissionsredner Guntern (k.-chr., Wallis) fest, das Problem der Ausmerzung ungesetzlich außerhalb des Rebkatasters gepflanzter Reben in der Rhoneebene durch die kantonale Überraschungsaktion sei letzte Woche auf sensationelle Weise gelöst worden. Damit sei dem Gesetz Genüge getan; denn auch in der Demokratie seien die Gesetze da, um respektiert zu werden. Die Beratung wird am Donnerstagvormittag fortgesetzt.

Das Mirage-Mirakel

Jg. Der weitaus größte Brocken in den parlamentarischen Verhandlungen vom Mittwoch war die Vorlage über die Beschaffung von 100 Kampfflugzeugen des französischen Typs «Mirage», mit der sich der Nationalrat gut über die halbe Morgen- und die ganze Nachmittagssitzung beschäftigte. Der jugendliche Präsident der Erweiterten Militärkommission, Furgler (St. Gallen), der schon letztes Jahr bei der Armeereform mit seinen ebenso glanzvollen wie harten Plädoyers die Aufmerksamkeit auf sich lenkte, bewährte sich erneut als Anwalt seiner Sache, der den Gegnern keine Chance ließ.

Um was für eine Gegnerschaft handelte es sich überhaupt? Jenen, die sowieso — offen oder versteckt — gegen alle Bemühungen um unsere Landesverteidigung aufzutreten pflegen, brauchen wir hier keine Worte zu widmen. Von ihnen abgesehen drehten sich die Einwände um die finanziellen Konsequenzen und um die Frage, ob es wirklich notwendig sei, ausgerechnet Frankreich, das sich gegenüber der Schweiz eine traurige Art von Handelspolitik leistet, mit diesem großen Auftrag zu bedenken, oder ob es nicht militärisch und handelspolitisch betrachtet richtiger wäre, den schwedischen Draken, ein Produkt also aus dem EFTA-Gebiet, zu kaufen. Das sind, wenigstens zum Teil, Ermessensfragen und darum konnten sie begreiflicherweise nicht ganz befriedigend beantwortet werden. Die Abstimmung, die am Mittwoch nicht mehr vorgenommen werden konnte, wird jedoch zweifellos Zustimmung zur «Mirage»-Vorlage ergeben.

Interessant war in dieser Debatte noch, daß nun ausdrücklich festgestellt wurde, die schweizerische Entwicklung eines Kampfflugzeuges P-16 sei deshalb außer Betracht gefallen, weil das «Pflichtenheft» (also die Verwendungskonzeption) geändert worden sei. Ist das nicht seinerzeit von unbequemen Kritikern (nicht Gegnern) der Militärpolitik behauptet, an «zuständiger Stelle» aber vehement bestritten worden? Jetzt ist es also wahr, und wir dürfen auch über das späte Eingeständnis noch froh sein, bestätigt es doch, daß das Projekt nicht an der Unfähigkeit der schweizerischen Industrie zu einer Eigenentwicklung scheiterte. Diese Feststellung ist wichtig; sie trifft auch sicher zu — aber sie hätte sich schon früher besser ausgenommen als die direkten und indirekten, jedenfalls aber nicht stichhaltigen Anklagen gegen die beteiligte Industrie!

Der Tag im Ausland

jkb. Nach und nach werden nun die unerfreulichen Ergebnisse der Wiener Begegnung zwischen Chruschtschew und Kennedy bekannt. Daß eine Diskussion mit den Sowjets schwierig sei, hat der amerikanische Präsident in seinem Rechenschaftsbericht schon vorgestern in aller Deutlichkeit den Amerikanern dargelegt; in jener Rede gab er auch bekannt, daß die amerikanischen Hoffnungen auf eine Verminderung des Wettrüstens und eine Beendigung der Kernversuche einen schweren Schlag erlitten hätten. Wie nun bekannt wird, sind auch hinsichtlich der Berlin-Frage keinerlei Hoffnungen auf eine noch so geringe Verständigung am Platz; Chruschtschew soll in Wien unter anderem ein Memorandum überreicht haben, in dem erneut die sowjetische Entschlossenheit bekundet wurde, Ostdeutschland einen separaten Friedensvertrag zu bewilligen, wenn sich die westlichen Mächte weigern sollten, die sowjetischen Forderungen zu erfüllen. Kennedy und MacMillan sind offenbar gewillt, aus dieser neuerlichen Bestätigung der harten russischen Haltung die Lehren zu ziehen. Sie werden demnächst Besprechungen zwischen den westlichen Mächten beginnen, die der Einschätzung der Ergebnisse der Wiener Besprechungen dienen sollen.

Ein schwerer Schatten hat sich auch über die Genfer Laos-Konferenz gelegt, wo die Berechtigung der allen Verhandlungen zugrunde gelegten westlichen Forderung auf durchgehende Einhaltung des Waffenstillstandes, in drastischer Weise bestätigt wurde. Der Pathet Lao hat gestern die von den Regierungstruppen gehaltene Stadt Padong erobert. Wie weit sich dieses Ereignis auf den Gang der Genfer Verhandlungen auswirken wird, ist noch nicht ganz abgeklärt. Entgegen einigen Gerüchten, wonach sich die Vereinigten Staaten von der Konferenz zurückziehen würden, hat ein Sprecher des amerikanischen Staatsdepartementes gestern die Entschlossenheit der USA bestätigt, weiterhin an der Genfer Laos-Konferenz teilnehmen zu wollen. Hingegen ist es möglich, daß die Verhandlung, die bereits gestern wieder unterbrochen wurden, für einige Tage suspendiert werden. Die neue Entwicklung in Laos wiegt um so schwerer, als der laotische Friede in den Wiener Besprechungen das einzige Thema darstellte, über das Chruschtschew und Kennedy zumindest offiziell gleicher Meinung waren. In westlichen Kreisen wird darum die Frage erörtert, ob der Pathet Lao bei seinem Angriff auf Padong sowjetische Weisungen mißachtet habe oder ob die Sowjetunion selbst an einem Bruch des Waffenstillstandes interessiert war.

In Evian wird heute die zweite Phase der Algerien-Konferenz beginnen. Nachdem bis anhin die gegensätzlichen Standpunkte zu den wesentlichen Fragen, insbesondere zur Rückkehr des Friedens, zum Problem der Selbstbestimmung und der Koexistenz der Gemeinschaften dargelegt worden sind, soll nun eine Bestandesaufnahme und eine Konfrontation der Meinungen stattfinden, die den beiden Gesprächspartnern die Suche nach gemeinsamen Nennern ermöglichen sollte. Die französische Delegation zeigt sich gegenwärtig sehr beunruhigt über die Verschärfung des Terrors, der in den letzten Tagen insbesondere auch in Paris um sich gegriffen hat. Der Sprecher der FLN-Delegation stellte dazu fest, man könne zwischen den militärischen Aktionen des FLN in Algerien und im französischen Mutterland keinen Unterschied machen, und es werde ohne gleichzeitiges politisches Abkommen zu keiner Einstellung des Feuers kommen.

In New York setzte der Sicherheitsrat der UNO die Debatte über die Angola-Frage fort, wobei vor allem Vertreter der afro-asiatischen Gruppe zum Worte kamen, die die portugiesische Politik scharf angriffen. Der portugiesische Delegierte bezeichnete andereseits die angolesische Unabhängigkeitsbewegung als eine von außen organisierte Terroraktion. Die Sitzung wurde ohne Beschlußfassung auf heute verschoben.

Eidgenossenschaft

Die Projektierung der Hochrheinschiffahrt nähert sich ihrem Abschluß

In der Mai-Nummer von «Strom und See» veröffentlicht der Nordostschweizerische Verband für Schiffahrt Rhein—Bodensee seinen Jahresbericht über 1960. In der neuzeitlichen Verkehrsentwicklung — heißt es dort — mache sich ein Dynamismus geltend, der die Pläne der Hochrheinschiffahrt mitberühre. Festzustellen sei, daß die Flußschiffahrt heute nicht mehr bloß aus nationalen, sondern ebenso aus internationalen, europäischen Gesichtspunkten gefördert werde.

Die Kraftwerke Schaffhausen und Säckingen sind in Bau gelangt. Das Kraftwerk Koblenz wurde konzessioniert. Die Konzesisonsverhandlungen über den Bau des Kraftwerkes Neu-Rheinfelden sind im Gang. Im Zusammenhang mit dem durch die Elektrizitätswerke erfolgten Ausbau des Rheins zwischen Basel und dem Bodensee kann auch die Neuprojektierung der Hochrheinwasserstraße demnächst abgeschlossen werden. Es kann heute schon gesagt werden, daß eine Wasserstraße von großzügiger Linie entstehen wird, die ihre Besonderheiten, aber auch ihre Schönheiten haben wird. Einzelne Fragen werden zur Zeit noch durch Modellversuche abgeklärt. Zu neuen Überlegungen veranlaßte die Tatsache, daß sich die Schubschiffahrt auf dem Rhein nun ebenfalls durchsetzt und dieser Tage bereits der erste «Wasserbüffel» nach Basel gelangte.

Die Neuprojektierung am Hochrhein hat dadurch eine erhebliche Erweiterung erfahren, daß die zum Teil recht heiklen Brückenfragen in die detaillierten Bearbeitungen einbezogen wurden, wobei es nicht nur um die Brücke selbst, sondern auch um die das jeweilige Ortsbild berührenden Zufahrten geht. In Schaffhausen muß die Brücke nach Feuerthalen, unabhängig von der Schiffahrt, neu gebaut werden.

Gemäß der erfolgten Neuprojektierung, werden sich die Kosten der Wasserstraße von Rheinfelden bis zum Bodensee auf 270 Millionen Franken belaufen. Wenn die Schweiz daran 100 bis 120 Millionen zu tragen hätte, so würde dies, nach dem Jahrsebericht des Schiffahrtsverbandes, ein Fünfzigstel dessen ausmachen, was in den nächsten Jahren möglicherweise für den National-